

STEUERN, MAUT UND INFLATION HABEN EINEN SCHUTZPATRON.



Erst an der Steuerschraube drehen, dann zusehen, wie die Preise steigen, und jetzt noch die Lkw-Maut erhöhen: Frau Merkel, es ist genug! Denn allein im Transportgewerbe stehen Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Wie lange noch wollen Sie dazu Ja und Amen sagen?

BUNDESVERBAND GÜTERKRAFTVERKEHR LOGISTIK UND ENTSORGUNG (BGL) E.V. www.bgl-ev.de

BGL
Unterwegs nach morgen



Lkw-Mautlüge zockt die Verbraucher ab.

Anspruch:

Die Lkw-Maut ist laut Gesetz für die Verkehrsinfrastruktur zweckgebunden.

Wirklichkeit:

Vor Einführung der Lkw-Maut in 2004 investierte der Bund in unsere Fernstraßen jährlich rund 4,9 Mrd. Euro. Trotz Mauteinnahmen in Höhe von 2,9 Mrd. Euro in 2005 und 3,1 Mrd. Euro in 2006 lagen die Straßeninvestitionen in diesen beiden Jahren nur um 0,3 Mrd. Euro über dem Niveau von 2004. 2007 waren es sogar wieder nur 4,9 Mrd. Euro. Das heißt: Die Mauteinnahmen des Jahres 2007 in Höhe von 3,4 Mrd. Euro sind im Bundeshaushalt sogar völlig „verschwunden“ und haben keine dauerhaft zusätzlichen Straßeninvestitionen bewirkt.

Anspruch:

Zum angeblichen Klimaschutz soll ab 1.1.2009 der Kilometersatz der Lkw-Maut stärker nach Schadstoffklassen gestaffelt werden. Kostenpunkt für die Transportwirtschaft und ihre Kunden angeblich 740 Mio. Euro pro Jahr. Dieses zusätzliche Geld soll in die Infrastruktur fließen.

Wirklichkeit:

Eine Bemautung nach klimarelevanten Abgasen erfolgt nicht. Wirtschaft und Verbraucher müssen nachweislich ca. 2 Mrd. Euro in 2009 zusätzlich bezahlen. Die Lkw-Mauterhöhung ist wieder einmal ganz offenkundig zur Entlastung des Bundeshaushaltes gedacht.

Fazit:

Nach der Mehrwertsteuererhöhung und für den Verbraucher kostspieligen Klimaschutzprogrammen zockt Bundeskanzlerin Merkel mit der drastischen Erhöhung der Transportkosten Wirtschaft und Verbraucher gnadenlos ab. Unverschämte Kraftstoffpreiserhöhungen gefährden schon jetzt Tausende von Betrieben und Zehntausende von Arbeitsplätzen. Inflation in Deutschland hat aber trotzdem nicht nur etwas mit Ölmultis, Ölproduzenten und Spekulanten zu tun. Ein „raffgieriger“ Staat trägt Erhebliches zur aktuellen Teuerung bei.

Bundeskanzlerin Merkel macht alles noch teurer!